

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißhinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber: Johann Staining, verantwortlicher Redakteur: Fritz Paschow, Beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brunnenstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen für die dreispaltigen Beilagen oder deren Raum 30 C. Postkatalog Nr. 3161.

Inhalt: Eine „rettende That“ für das Baugewerbe. Aus dem Reichstage. — Rundschau. Die Stellung der Metzger zu den Krankenkassen. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Der arme Maurer. — Literarisches. — Briefkasten.

Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in Pyritz i. Pommern und Alzey.

Im Streik

befinden sich die Maurer in Bremerhaven, Lestschin, Torgelow-Jahnd, Zehlendorf, Zehlendorf, Friedrichroda, Helmstedt, Genthin, Blankenburg a. S., Schöningen, Insel Rügen (das Streikgebiet umfasst die Orte: Bergen, Bins, Sellin, Gähren, Putbus, Gatz und Gings), Braunschweig, Würzen, Weiskensfeld, Meichen, Cöthen, Wilhelmshaven-Bant, Garburg, Guben, Lüßen und Egeln.

Sperren sind verhängt

über die Bauten der Unternehmer Weller, Lampé und Richter in Eibstedt, Brinkmann in Eibstedt, Rod in Wandersbel, Bape und Giese in Pöhlitz, J. Stralendorf und R. & A. Streiflow in Sonnenburg in der Neumark, Maschinenbau-Aktiengesellschaft GutsMuths bei Mainz, Schell, Saylen und Hecks in Bargehede, Häuser & Florad in Rath bei Düsseldorf, G. Jacob und G. Wendt in Helsen, Fant & Rumm, Jach & Wandrey und Kleinte in Pöde-juch, W. Gading und Gräberberg in Rathenow, Silberbrandt in Biere b. Schönebeck, Stambe in Arnswalde und Dinkloß in Herlohn.

Stukkateure

streiken in Pirawans und Stettin. Die Sperre ist verhängt über die Firma Bauckh & Käufer in Breslau. Zutug ist weiter fern zu halten von Münster i. W.

Eine „rettende That“ für das Baugewerbe.

Am 15. März d. J. hat, wie wir mitgeteilt haben, in Berlin die Konstituierung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe stattgefunden. Jetzt hat die „Baugewerks-Zeitung“ das Protokoll der konstituierenden Versammlung veröffentlicht und uns damit in den Stand gesetzt, noch einmal gründliche Kritik an dieser neuesten Gründung sogenannter „Ordnungspolizei“ zu üben.

Vorweg theilen wir mit, daß nach dem Protokoll sich dem Bunde sofort angeschlossen haben: die Landes- bzw. Lokalverbände zu Altenburg, Altona (Vierstädte-Vertrag), Berlin, Brandenburg a. S., Breslau (Maurer-gewerbe), Breslau (Zimmergewerbe), Burg b. M., Dresden, Erfurt, Gera, Götting, Greiz, Jena, Liegnitz, Lübeck, Magdeburg, Naumburg a. S., Neuhaldensleben, Neuruppin, Osnabrück, Palersdorf, Potsdam, Pyritz, Rathenow, Saarbrücken a. S., Stettin, Stralsund, Stuttgart, Tempeln und Wittenberg. Eine größere Anzahl von Verbänden soll ihren Anschluß in nahe Aussicht gestellt haben.

Die Inangriffnahme der Gründung des Bundes ist auf einen Beschluß des Delegiertentages des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zu Breslau (6. September 1898) zurückzuführen. Das Baugewerks-Zünftertum ließ sich dabei von der un-

wunnden ausgesprochenen Absicht leiten, die Organisation und Koalition der Arbeiter des Baugewerbes, insbesondere die Streiks, wie überhaupt jede selbstständige Initiative der Arbeiter zu Gunsten besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen. Es wurde u. A. die Vereinbarung ins Auge gefaßt, Arbeiter, welche aus Orten kommen, wo gestreikt wird, nicht zu beschäftigen. Die Herren Felsch und Genossen hatten vorher schon dem Reichstag des Innern die Frage vorgelegt, ob nach den gesetzlichen Bestimmungen, betr. das Innungsverweh, ein solches Vorgehen für die Innungen zulässig sei. Die Antwort war keine verneinende.

Wir wollen uns nun hauptsächlich mit den Ausführungen beschäftigen, welche nach dem Protokoll der Vorsitzende der konstituierenden Versammlung, Herr Felsch, über die Aufgaben des Bundes machte:

Der Bund sollte keineswegs ein Offensiv-Verband gegen die Arbeitnehmer im Baugewerbe sein, vielmehr ein Verband zur Abwehr der Übergriffe und ungerechtfertigten Forderungen, die sich die sozialdemokratischen Agitatoren erlauben. Keinem der Anwesenden sollte es einfallen, die Rechte der Arbeitnehmer, oder ihre auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Schritte beschränken zu wollen. Dies ist ein gutes Recht der Arbeiter und ihnen durch Gesetz gewährleistet. — Der Verband habe sich u. A. ausschließlich zur Aufgabe gestellt, in eine Prüfung der Forderungen der Arbeitnehmer, soweit unter Zuziehung der Behörden, einzutreten und, sobald sie gerechtfertigt erscheinen, bei den Mitgliedern des Bundes zur Anerkennung zu bringen. Aber den unerhörten und unerträglich gewordenen Forderungen der Arbeiter, die da glaubten, sich als die Herren in den Geschäftsverhältnissen und auf den Baustellen und unter Anwendung der verschiedensten Mittel gegen die Arbeitgeber und arbeitswilligen Arbeiter erzuheben zu können, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden, denn es handle sich hauptsächlich um die Erhaltung des selbstständigen Baugewerbes. — Die beschlossenen Bestimmungen und die in gemeiner Weise erfolgte Bekämpfung der Agitation mit denen in der vorliegenden Frage hervortretenden Personen in der sozialdemokratischen Presse unausgesetzt bekämpft werden, bezugnehmend, daß das, was gegenwärtig in's Leben gerufen werden sollte, den Kern der Arbeiterbewegung treffe, und man habe Veranlassung, die Gründung des Bundes als eine rettende That für das Baugewerbe zu betrachten. — Es läge an den selbstständigen Gewerbetreibenden, keine Mittel zu liefern, um ihre Selbstständigkeit und Erhaltung dem gemeinlichen Ansturm der Sozialdemokratie gegenüber zu wahren. Denn könnten die hierfür notwendigen Mittel nicht aufgebracht werden, dann würde man über den Baugewerbestand bald zur Tagesordnung übergehen.

Die übrigen Redner schlossen diesen Ausführungen sich an. Einer derselben, Herr Leichgräber-Dresden, leistete sich Folgendes:

Die heutigen Verhältnisse im Erwerbsleben seien zu vergleichen mit denen des Kriegsjahres 1870. Damals wurde Deutschland von einer Großmacht, dem äußeren Feinde, angegriffen, der da glaubte, das noch nicht geeinte Deutsche Reich mit Leichtigkeit bekämpfen zu können. Heute ist es der innere Feind, ebenfalls eine Großmacht, die Sozialdemokratie, welche die größten Anstrengungen macht, die Selbstständigkeit der noch nicht geeinten Arbeitgeber, wie überhaupt den Mittelstand zu vernichten und ihren Besitzungen dienbar zu machen.

Daß der Bund hauptsächlich ein Offensiv-Verband gegen die Arbeitnehmer im Baugewerbe, gegen die Ausübung des Koalitionsrechts sein soll, lag von vornherein so klar zu Tage, daß man sich wundern muß über die edle Dreifigkeit, womit Herr Felsch das in Abrede stellt. Man muß die Kämpfe, welche seit Anfang der 70er Jahre zwischen Unternehmerthum und Arbeiterthum im Baugewerbe sich abgespielt haben, kennen, um zu wissen, daß erstere seine Angriffe immer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter gerichtet hat. Vor längerer Zeit schon haben wir einmal die Thatfache festgestellt, daß das zünftlerische Baugewerksunternehmerthum noch niemals Forderungen der Arbeiter als gerechtfertigt anerkannt hat; in jedem Falle hat es verjücht, die Forderungen, mochten

sie noch so minimal sein, als „unberechtigt“ zurückzuweisen. Wie man heute sich nicht entblödet, die auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der baugewerblichen Arbeiter-schaft als solche hinzustellen, welche die Vernichtung des Baugewerbes herbeiführen müssen, so ergingen die Baugewerksunternehmer sich bereits vor dreißig Jahren in der althergebrachten Behauptung, daß das Gewerbe „zu Grunde gehen“ müsse, wenn man den Arbeitern gewähre, was sie verlangen. Schon damals wurde aus den Reihen der Baugewerksunternehmer heraus die Regierung und der Reichstag beauftragt, das kaum verlebene und noch garnicht recht in Anwendung gebrachte Koalitionsrecht der Arbeiter wieder zu beseitigen resp. dasselbe erheblich einzuschränken. Und diese selben Unternehmer sind von Anfang vorangegangen mit dem guten Beispiel, die organisierten Arbeiter in rückwärtsloser Weise zu maßregeln. Das berüchtigte System der „Schwarzen Listen“ hat zuerst im Baugewerbe Anwendung gefunden. Anfang des Jahres 1878 erließ der Vorstand des „Norddeutschen Baugewerks-Verbandes“ an seine Mitglieder ein diesbezügliches Rundschreiben. In demselben wird angeführt, daß mit dem 1. April 1878 die Verwendung der Abgangszettel überall im Vereinsgebiete in Kraft trete; die Mitglieder werden aufgefordert, diese Einrichtung streng zu handhaben und damit die Vereinsinteressen auf das Beste zu wahren. Diese Abgangszettel waren in drei Klassen getheilt; ein Anhang zum Statut des Vereins giebt unter Nr. 2-7 Aufschluß über die Verwendung. Zettel in weißer Farbe und mit dem Buchstaben A versehen, sollten diejenigen Gesellen erhalten, die fleißig und gehorsam und mit Allen zufrieden waren; die Inhaber derselben durften von jedem Bundesmeister in Arbeit genommen werden. Die zweite Sorte Zettel, in gelblicher Farbe und mit B bezeichnet, wurde an solche Gesellen ausgegeben, welche sich schon einmal an einem Streik auf einem einzelnen Bau oder im Allgemeinen betheiligt hatten. Die Inhaber derselben durften vor Ablauf von drei Wochen vom Tage der Ausstellung an gerechnet von keinem Bundesmeister in Arbeit gestellt werden. Die dritte Sorte Zettel, C, in bläulicher Farbe, wurde benutzt für Arbeiter, welche Mitglieder der Gewerkschaft waren, in Arbeiter-versammlungen sprachen, sich an Streiks betheiligten, solche unterstützen und für Vornahme oder Arbeitszeitverkürzung eintraten. Die Inhaber solcher Verurteilung sollten in den ersten acht Wochen vom Tage der Ausstellung an von keinem Bundesmeister zur Arbeit genommen werden, was gleichbedeutend mit Verweisung der Stadt war. Kontraventionen gegen diese Bestimmungen sollten mit einer „Ordnungsstrafe“ für jeden einzelnen Fall pro Mann mit 6 Thalern geahndet werden. Auch sollte zur Sicherheit solcher Strafgelehrer jedes Mitglied bei dem Vorhandensein des Vereins einen Soli-Geht-Wechsel im Betrage von 100 Thalern hinterlegen.

An diesem verruchten System hat das organisierte Baugewerks-Unternehmerthum festgehalten. Niemals ist es ihm eingefallen, in der Arbeiterschaft einen wirtschaftlich gleichberechtigten Faktor zu sehen und zu respektieren; niemals hat es sich eine ehrliche und unbefangene Prüfung der Forderungen der Arbeiter zur Aufgabe gemacht, sondern denselben stets die dumme, demagogische Unwahrheit entgegengestellt, daß die Arbeiter ihr Koalitionsrecht „nicht brauchen“, um „unerfüllbare“ Forderungen durchzusetzen. Die Arbeiter haben nachweislich immer und in jedem Falle ihre Forderungen den Unternehmern vorgelegt zu dem Zwecke, eine Verständigung zu erzielen, um Streiks zu verhüten. Generalversammlungen und Kongresse, sowie

Die Setzungen der Arbeiterorganisationen haben durch bündige Erklärungen und Mahnungen darauf hinzuwirken versucht — und zwar mit Erfolg — daß die Arbeiter ihre Forderungen so rechtzeitig stellen, daß die Unternehmer im Stande sind, bei Übernahme von Arbeiten diese Forderungen zu berücksichtigen. Die Regel bei den Unternehmern aber war hochmütige Geltendmachung ihrer Arbeitsherren-, Autorität. Stets sahen sie darin, daß die Arbeiter überhaupt es „wagten“, zu fordern, einen „Eingriff in ihre Autorität und Selbstständigkeit“. Von seltenen Ausnahmen abgesehen, haben sie der Arbeiterorganisation und deren Vertretung die Anerkennung versagt, ja geradezu die Existenzberechtigung abgesprochen und sich gewiegelt, in Unterhandlungen mit den Beauftragten der Arbeiter einzutreten. Auf diese Weise haben die Unternehmer die Streiks geradezu provoziert, oder deren schnelle Erledigung verhindert.

Wer alles das weiß, der kann nur ein mißliebiger Dämon sein für die Verschönerung des Herrn Fellsch, der Hund habe sich ausdrücklich zur Aufgabe gestellt, in eine Prüfung der Forderungen der Arbeitnehmer einzutreten, um festzustellen, ob sie „gerechtfertigt erscheinen“. Solche Prüfung vorzunehmen, sind die Herren stets in der Lage gewesen; aber das Resultat ihrer Prüfung hat fast niemals der Gerechtigkeit entsprochen. Wer, der sein Urteil auf Erfahrung zu stützen vermag, kann glauben, daß die Leitung des neuen Unternehmerbundes die Absicht hat, die Mitglieder dahin zu bringen, daß sie das Recht der Arbeiter, Forderungen zu stellen, anerkennen? Man will unter Umständen die Behörden zur Prüfung heranziehen. Weshalb? Ohne Zweifel nur, weil man als ganz selbstverständlich voraussetzt, daß die behördliche Autorität auf Seiten der Unternehmer sein werde. Beweise dafür, daß sie auf die Unternehmerinteressen sich besser versteht als auf die Arbeiterinteressen, hat diese Autorität beinahe nie ja oft genug gegeben. Die Spekulation auf Unterscheidung durch die Behörden bei Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern trägt wahrlich nicht dazu bei, die Tendenz des neuen Bundes in ein günstiges Licht zu stellen.

Wir wollen dem Herrn Fellsch, welchem die „hatkräftige Leitung“ des Bundes übertragen ist, und seinen Genossen einen Vorstoß machen. Die Arbeiterklasse hat im Laufe der Jahre so mancherlei Forderungen erhoben, daß die Herren täglich wohl im Stande sein müßten, diese Forderungen genau zu untersuchen und abzuhalten in solche, die ihrer Ansicht nach „ungerechtfertigt“ sind und in solche, die sie als gerechtfertigt erachten. Statt immer nur ganz allgemein von „unberechtigten“ Forderungen zu sprechen, sollten sie sich einmal bei für das Unternehmerinteresse doch zweifellos sehr wichtigen Aufgabe unterziehen, die „unberechtigten Forderungen im Einzelnen nachzuweisen und darzutun, weshalb denn, ohne Gefährdung der Existenz des Baugewerbes“, dieselben nicht bewilligt werden können. Und zugleich sollten sie feststellen, welche Forderungen denn eigentlich auf Rechnung der bösen sozialdemokratischen Agitatoren kommen, sowie, worin die „unerhörten und unerträglich gewordenen Bestrebungen der Führer“ bestehen.

Wir meinen, es sei eine Art Ehrensache der Herren Fellsch und Genossen, mit solchen Nachweisungen und Feststellungen der Welt die Berechtigung ihrer angeblichen „Abwehr“-Bestrebungen begründlich zu machen. Noch nie haben die Unternehmer und ihre Führer einen derartigen Versuch unternommen; immer haben sie sich lediglich in frivolsten, gehässigen und dummen Beschuldigungen gegen die Arbeiter ergangen, wie es aus der konstituierenden Versammlung des Arbeitgeberbundes auch wieder der Fall gewesen ist. Wollen die Herren Fellsch und Genossen jetzt das selbige Verfahren nachholen? Sie werden es nicht thun, weil sie es nicht können! Hinter der elenden Phrase „Abwehr unberechtigter Forderungen“ verbirgt sich lediglich das Bestreben, den Unternehmerprofit zu schützen gegen die berechtigten Ansprüche der Arbeiter! Das und nichts Anderes ist die „rettende That für das Baugewerbe“, die der Arbeitgeberbund vollbringen soll. In der Behauptung, betreffend den gewaltigen Ansturm der Sozialdemokratie gegen die Selbstständigkeit und Existenz der Baugewerbetreibenden, begreift sich eine lächerliche demagogische Unwahrheit. Die Bestrebungen der Arbeiter des Baugewerbes sind aus den tatsächlichen Verhältnissen erwachsen; sie sind in England, wo die Sozialdemokratie für die gewerkschaftliche Bewegung nicht in Frage kommt, seit Jahrzehnten viel weitergehende, als in Deutschland. Es ist der alte Usus: die Sozialdemokratie wird als Vorwand benutzt für die Bekämpfung des Bestrebens der Arbeiter um bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit,

menschwürdige Behandlung, Schutz für Leben und Gesundheit.

Wenn von Beschimpfungen und gemeinen Angriffen die Rede sein soll, so ist der Vorwurf, solcher sich schuldig gemacht zu haben, lediglich gegen das Unternehmertum und seine Presse zu erheben. Man könnte einen starken Rand füllen mit den geradezu erbärmlichen Beschimpfungen und maßlos gemeinen Angriffen, die von dieser Seite unausgesetzt wider die organisierten Arbeiter und deren Leiter gerichtet worden sind, um immer aufs Neue wiederholt zu werden. Was demagogische Frivolität irgend zu leisten vermochte, das haben von dieser Seite die Arbeiter fastsam zu kosten bekommen.

Die Bezeichnung des Herrn Leichgräber auf den inneren Feind läßt nun Ueberflus sehr deutlich erkennen, von welchem Geiste das neue Bundesbrüderthum erfüllt ist. Erst war die Sozialdemokratie allein der „innere Feind“, jetzt gehört auch schon die organisierte Arbeiterklasse dazu, weil sie ein menschenwürdiges Dasein sich eringen will. Die Herren Fellsch, Leichgräber und Genossen haben die jetzt nicht bewiesen, daß sie Verständnis haben für die Gesetze des wirtschaftlichen Fortschritts.

Nicht das Bestreben der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, widerspricht diesen Gesetzen, sondern das Bemühen der kapitalistischen Profiteure, diese Bestrebungen zu verhindern und zu vereiteln. Die nationale Wirtschaft müßte unsehbar zu Grunde gehen, wenn es den Arbeitern nicht gelänge, durch Erringung besserer Arbeitsbedingungen, höherer Löhne usw. sich den wachsenden Bedingungen des Kulturlebens anzupassen. In dieser Anpassung, in der stetig wachsenden Verbesserung der Arbeiterklasse an den Früchten der wirtschaftlichen Entwicklung, begreift sich die Gewähr des Fortschritts. Darüber täuscht sich heute kein vernünftiger Mensch mehr, daß die auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung gerichteten Bestrebungen der Arbeiter der nationalen Wirtschaft nicht etwa zum Fluch, sondern zum Segen gereichen.

Möge denn der Arbeitgeberbund seine „rettende That“ beginnen. Um die „Erfolge“ braucht ihn von vornherein Niemand zu beneiden. Die erste Wirkung seines Auftretens wird ein gewaltiges Anwachsen und Erstarken der Arbeiterorganisationen sein. Man hat diesen Organisationen in aller Form den Krieg erklärt; wohlan, Arbeiter, Freunde und Genossen, kämpfen wir!

Aus dem Reichstage.

Die gestrige Sitzung war der Erörterung einer hochwichtigen sozialpolitischen Frage gewidmet. Das Ganze begann die erste Lesung des von der Zentrumsfraktion eingebrachten Antrages, betreffend die Errichtung von Arbeitsämtern.

Der Antrag will, daß der Reichstag die verbündeten Regierungen ersuche, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf einzubringen, um so den Arbeitern den freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den Letzteren Fühlung zu behalten.

In Verbindung hiermit steht der Antrag des liberalen Abgeordneten Dr. Hilde, wonach ein Reichsarbeitsamt errichtet werden soll, welches die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterbeschwerden im deutschen Reich, unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, obliegt.

Ein Zusatzantrag des national-liberalen Abgeordneten Fehrer geht zu Herrn Hilde und will den Antrag des Zentrums dahin erweitert wissen, daß die Gewerbegerichte ausgebaut und aus ihnen Abteilungen zur Arbeitslosen-Untersuchung, zur Verabreichung von Wünschen und Forderungen der Arbeiter zu gebildet werden, und daß diese Abteilungen als Einigungsamt im Falle von Streitigkeiten funktionieren.

Wir haben schon des Ofteren und erst noch vor kurzer Zeit darauf hingewiesen, daß die Idee der Bildung öffentlicher Arbeitsämter zur Wahrung der Arbeiterinteressen zuerst seitens der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages in der Form bestimmter Gesetzesvorläufe gebracht worden ist. Das war vor fünfzehn Jahren. Die Vorläufe der sozialdemokratischen Fraktion gingen auf Errichtung von Arbeitsämtern und Arbeitskammern, sowie eines Reichsarbeitsamtes. Frühere Vorläufe sollen die Unterlegung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse normieren, regelmäßige häusliche Erhebungen über Lohn, Arbeitszeit, Wohnungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit etc. anstellen, den Arbeitsnachweis organisieren, die Gewerbeinspektion leiten, die Arbeitslosenunterstützung pflegen, Schlichtsgerichte und Einigungsämter bilden etc. etc., während das Reichsarbeitsamt alle diese Veranlassungen überwachen und die Summe der gewonnenen Resultate in entsprechender Weise verwerthen sollte.

Diese Vorläufe hat die sozialdemokratische Fraktion, nachdem sie damals keine Unterstützung fanden, alsbald nach demmal dem Reichstage unterbreitet. Immer wieder die staats-erhaltenden Parteien und die Regierungen lieh zurück als „unbegründbar“ in Wahrheit aber, weil man von ihrer Verwirklichung erhebliche Vorteile für die Sozialdemokratie erwartete. Jetzt haben Ultramontane und Nationalliberale die Idee aufgegeben zu gesetzgeberischer Verwirklichung.

Bei der gestrigen Beratung der Anträge meinte der Zentrumsvorredner Dr. Hilde, man möchte in den Arbeitsämtern die Unternehmern und die Arbeiter beschaffen, weil die letzteren Arbeiter in letzter Grunde sozialistisch sind, das ist allerdings im letzten Grunde nicht der Fall. Von einer Unternehmerrückwärtsentwicklung zwischen Kapital und Arbeit kann nicht die Rede sein, aber die Anschauung hat auch die Sozialdemokratie nicht verlassen, daß Arbeitsämter, in welchen Arbeiter und Unternehmer vertreten sind, sehr wohl und ganz erheblich dazu beitragen können, daß unter Vermidung von Streiks, Arbeitsstörungen zwischen Unternehmern und Arbeitern getroffen werden.

Herr Dr. Hilde scheint sich der Ansicht hingegen, daß Arbeitsämter die selbstständigen Arbeiterorganisationen überflüssig machen werden. Das ist wieder ein bemerkenswerter Irrtum, denn man muß auf nationalliberaler Seite zugeben, die Arbeiter können und werden niemals auf ihre selbstständigen Organisationen verzichten, zumal nur auf diesen Organisationen die Funktionen der Arbeitsämter aufgebaut werden kann, wenn man auch auf nationalliberaler Seite eintrifft, daß es in der Sozialdemokratie besteht, daß er sich zu der Behauptung verlegt, in den Arbeitsämtern werde man den arbeitsmedialen Punkt finden, um die Sozialdemokratie aus den Angeln zu heben.

Der freisinnige Abgeordnete Hagnide trat jedoch für den Antrag Dr. Hilde ein, indem er u. a. geltend machte, daß die geforderte Einrichtung die Zahl der Arbeitsbeschäftigten erheblich vermindern werde, und daß ähnliche Einrichtungen bereits in England, Frankreich und der Schweiz, sowie in Amerika bestehen.

Freiler v. Stumm zeigte sich wieder mal in seiner ganzen Frivolität. Er will von Arbeitsämtern nichts wissen, weil dieselben „ohne Zweifel der Sozialdemokratie einen großen Krampf verursachen werden“. Die Sozialdemokratie werde sich über die Funktionen beschaffen. Nur um Alles in der Welt keine Arbeiterkassette, denn dieselbe werde „den Kampforganisationen der Arbeiter die Waffen liefern“, und dazu seien die Regierung und der Reichstag noch nicht bereit.

Diese Anschauungen widersprechen der nationalliberalen Abgeordnete Freiler geht zu Herrn Hilde und sein Fraktionsgenosse Haffnermann. Freiler will die Arbeitsämter um der Unternehmern der „Kassette“ der Arbeiter willen. Haffnermann erklärte, daß die Arbeiter vielfach treffendere Kräfte abgeben, als die Fabrikanten. Und Herr Haffnermann erklärte: es geht unter den Arbeitern viele Intelligenzen; das kommt er aus seiner Fähigkeit im Gewerbegeschäft. Da war viel Objektivität, Ehrlichkeit und guter Wille unter den Arbeitern. Beinahe hätte die Arbeiterbewegung im Gewerbegebiet fast burchweg Sozialdemokraten.

Der Abgeordnete Hilde ging schief mit dem von Stumm vertretenen Arbeitgeber-Abolitionismus in's Gericht. Die Arbeitgeber könnten ungefragt (oft gerade) die Unterlegung der Behörden, des Reichstages, die Gewerbe gerichte, während die berechtigten Beschwerden der Arbeiter von den Behörden angegriffen werden. Die Arbeiter müßten das volle Koalitionsrecht haben. Aber: So bald die Arbeiter von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, wird nach den Behörden geschrien und die Behörden lassen sich über vielfach Unpartheilichkeit vermissen. Es ist Pflicht der Behörden, in solchen Kämpfen, die mit dem Staatsinteresse nichts zu thun haben, völlig neutral zu bleiben. Es liegt gar nicht im Staatsinteresse, wenn die Behörden sich gegen Streiks im Allgemeinen wenden, die doch dazu dienen, die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse zu steigern und damit den Nationalismus zu erhöhen. Damit will ich natürlich nicht der Berechtigung eines jeden Streiks das Wort reden und auch nicht einer direkten Parteinehme des Staats für die Arbeiter. Was ich nur verlangen will, ist völlige Neutralität.

Die Rede mußte abgebrochen werden; ihre Fortsetzung erfolgt am nächsten Schwermertage, und werden alsdann die Vertreter der Sozialdemokratie zum Worte kommen. Beachtung verdient noch besonders, daß die verbündeten Regierungen es nicht der Mühe werth erachtet hatten, ihre Vertreter an den Beratungen theilzunehmen zu lassen! Am Bundesratssitzung war Niemand, nicht einmal der „Minister für Sozialpolitik“, Herr v. Posadowsky.

Rundschau.

* Matfeiler. In Hamburg bestellten sich etwa 12000 Personen an der Tagesfeier. Besonders stark waren die Maurer und übrigen Bauhandwerker vertreten. Aus Kiel schreibt man uns: 95 pht. aller Bauarbeiter feierten den 1. Mai durch Feiertage. Die Vormittags-Versammlung war von 2000 Personen besucht.

* Soziale Rechtspflege. Auffällige Widersprüche bei der Rentenebemessung. Die brandenburgische landwirtschaftliche Berufsorganisation setzte eine Rente von 70 pht. bei der Arbeiter Rente für eine Weinbergsrente ergibt, auf 60 pht. herab, obwohl ihr Vertrauensmann erklärt hatte, daß der Verluste wirklich nicht viel arbeiten könne. Die Berufsorganisation stellt ein Gutachten des Dr. Meink, worin eine wesentliche Verbesserung festgestellt wurde, für aussehend und legte auf die Verbesserung ihres eigenen Vertrauensmannes wenig Gewicht. Rente legte Berufung ein und berief sich auf das Zeugnis des Vertrauensmannes, der behauptete, daß sich der Kläger die größte Mühe gebe, etwas zu leisten, ohne recht vorwärts zu kommen. Dr. Meink erklärte dagegen, der Zustand des Klägers habe sich wesentlich geändert. Er würde auch mehr leisten können, wenn er gezeugt würde, die lächerliche Schöpfung seines Weines aufzugeben. Er sei soweit wieder hergestellt, daß er nicht mehr am Stock zu gehen braudite; trotzdem beantragte er immer noch den Stock. Das Schlichtsgericht billigte darauf die Herabsetzung der Rente. Rente legte Berufung ein und machte geltend, daß das Gutachten des Dr. Meink unzuverlässig sei. Das Reichsversicherungsamt wies jedoch das Rechtsmittel als unbegründet zurück. Es führte aus, nach dem tatsächlichen Gutachten sei die Herabsetzung der Rente von 70 pht. auf 60 pht. gerechtfertigt.

* Militärzeit und Invalidenrente. Nach § 17 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes wird auf die

Dies enthält, ebenso erforderlichen Falls einen Ofen zu liefern...

Sämtliche aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis entspringende Differenzen sind der Lohnkommission zu melden...

Im Verlaufe des Streiks hatten bis Mittwoch 17 Unternehmer den Lohnstufen anerkannt. Mit den übrigen Unternehmern als Mitgliedern des Vereins der Gipfmeister von Hamburg...

Der Verein der Gipfmeister Hamburgs etc. erklärt sich bereit, den Lohnstufen anzuerkennen. Den Affordarist betreffend, ist eine derartige Einigung herbeigeführt...

Hiernach wurde es als selbstverständlich hingestellt, daß wo in Meister wohnt, Arbeit in Afford zu vergeben, den Tarif maßgebend ist...

Die Stultsurde Dreßdens stehen in der Lohnbewegung. Um Vermählung des Brautpaares wird gehalten.

Der Gipfstreik in Bremen hat nun sein Ende erreicht und ist im Allgemeinen für die Arbeiter günstig ausgefallen...

Aus unserer Bewegung.

(Redaktionschluss für Versammlungsberichte und Eingeladene Montags Abends 8 Uhr.)

Die Zahlstellersverfassungen derjenigen Orte, wo italienische Verfassungen in größerer Zahl arbeiten, werden auf die italienische Arbeiterzeitung „L'Operaio Italiano“ aufgetragen gemacht.

Die Nr. 8 des „L'Operaio Italiano“, welche mit der Nr. 18 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Der Gewerkschaftskongress. — Gubernielle der Organisation in Italien. — Lohn- und Streikbewegung. — Unfälle auf Bauten. — Bericht des vom Jn- und Auslande.

Der „L'Operaio Italiano“ erscheint alle 14 Tage achttägig, ist in der Hofzeitung Nummer 9, 92 a eingetragen und kostet im Postabonnement per Quartal 75 A. Der Zentralverband der Maurer liefert seinen Zahlstellen nicht nur für die italienischen Mitglieder notwendigen Exemplare kostenlos, sondern auch eine entsprechende Anzahl Exemplare zur Agitation.

In Rücksicht auf die Gefahr, daß italienische Maurer in immer größerer Zahl nach den Streikorten als Streikbrecher gezogen werden, ist es dringende Pflicht unserer Verbandsmitglieder, die Verbreitung des Maites unter den Italienern energisch in die Hand zu nehmen.

Die neu errichtete Zahlstelle Altenstein (Ostpreußen) hielt am 26. April ihre erste Mitgliederversammlung ab. Die Kollegen hatten sich in großer Anzahl eingefunden.

Am Sonntag, 28. April, fand im „Wittelsbacher Garten“ in Augsburg eine außerordentlich zahlreich besuchte Maurerverammlung statt. Kollege M e r t z gab bekannt, daß ein Fremder, vorübergehend hier beschäftigt, Baunternehmer seine Arbeiter aufbegehrt hat...

beantragte schließlich, nachdem die Meister 42 A bewilligten, mit diesen nochmals in Unterhandlung zu treten, um eventuell eine Verlängerung herbeizuführen.

In Darby fand am Sonntag, 28. April, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sich hauptsächlich mit dem Verhalten der „Arbeitswilligen“ während der letzten Lohnbewegung zu beschäftigen hatte.

Die Zahlstelle Viere-Eichenborn bei Magdeburg hielt am 22. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst verlas der Kassier die Abrechnung vom ersten Quartal...

In Bremen fand am Mittwoch, 19. April, eine öffentliche Maurerverammlung statt, in der zunächst Bericht erstattet wurde über den Bauarbeiterkongress.

Am Sonntag, 16. April, fand in der Zahlstelle Glingen die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Als Delegierter zu der am 30. April nach Erfurt einberufenen Versammlung wurde Kollege M o s e s a g gewählt.

In der Wirkhaft „Zur Schmiedstube“ in Dickenbach wurde am 11. April eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst erlosch der Kassier den Kassierbericht.

In der Wirkhaft „Zur Schmiedstube“ in Dickenbach wurde am 11. April eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst erlosch der Kassier den Kassierbericht. Sodann verlas der Bevollmächtigte die Beschlüsse des fünften Verbandstages.

In der Wirkhaft „Zur Schmiedstube“ in Dickenbach wurde am 11. April eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst erlosch der Kassier den Kassierbericht. Sodann verlas der Bevollmächtigte die Beschlüsse des fünften Verbandstages.

In Dorfmund fand am 24. April im Lokale „Zur Kränze“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, die von circa 300 Kollegen besucht war.

flossenen Jahre, und Kollege B ä s s e wurde als Vertrauensmann wiedergewählt. Zum vierten Punkt: „Stellungnahme zur Maffetter“, wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai zu feiern.

In der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Frieberg (Gessen) am 23. April wurde zunächst die Denkwürdige der letzten Vermählung vollzogen. Als Bevollmächtigter wurde Kollege S. Wolf und als Kassier Kollege Kühn gewählt.

Die Zahlstelle Gresselwald hielt am 18. April ihre gut besuchte regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Es wurde beschlossen, das diesjährige Stiftungsfest am 14. Mai im Volksgarten zu feiern.

In Großenhain fand am Freitag, den 21. April, Abends 8 Uhr, in Mühlens Saal eine öffentliche Bauhandwerkerberausammlung statt, welche außerordentlich zahlreich besucht war.

Am Mittwoch, 19. April, fand in Ganau eine von circa 300 Personen besuchte öffentliche Maurerverammlung statt. Nach einem Referat des Kollegen M e r z fand ein Jubiläumskollege F e r b o r n aus Frankfurt a. M. den Kollegen ihre schätzbare Besichtigung am dem Streikfonds vor.

In der Wirkhaft „Zur Schmiedstube“ in Dickenbach wurde am 11. April eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst erlosch der Kassier den Kassierbericht. Sodann verlas der Bevollmächtigte die Beschlüsse des fünften Verbandstages.

In der Wirkhaft „Zur Schmiedstube“ in Dickenbach wurde am 11. April eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst erlosch der Kassier den Kassierbericht. Sodann verlas der Bevollmächtigte die Beschlüsse des fünften Verbandstages.

In der Wirkhaft „Zur Schmiedstube“ in Dickenbach wurde am 11. April eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst erlosch der Kassier den Kassierbericht. Sodann verlas der Bevollmächtigte die Beschlüsse des fünften Verbandstages.

In der Wirkhaft „Zur Schmiedstube“ in Dickenbach wurde am 11. April eine Mitgliederversammlung abgehalten. Zunächst erlosch der Kassier den Kassierbericht. Sodann verlas der Bevollmächtigte die Beschlüsse des fünften Verbandstages.

Zur Beachtung für die Zahlstellenverwaltungen.

Es werden nur diejenigen als ausgeschlossen im Grundstein veröffentlicht, die auf Grund § 15a resp. b des Statuts ausgeschlossen sind.

Der Vorstand. J. A. S. Efflinge, 2. Vorsitzender.

In der Zeit vom 25. April bis 1. Mai sind folgende Beträge bei mir eingegangen:

Hauptkasse.

Von der örtlichen Verwaltung Griesheim b. Darmstadt M. 147, Bielefeld 101,88, Delfsch 87,77, Friedrichsburg b. Berlin 94,35, Frenhan 74,52, Bruchmühlen 60, Müllheim a. d. R. 60, Diegenbach 47,93, Wölfe 45,94, Krefeld 35, Fochenheim 27,65, Trebitz (Eibe) 26,92, Meiningen 22,37, Dürkheim 22,24, Coburg 21,64, Gießen 21,88, Hohenlimburg 21,33, Kalk b. Köln 20,81, Stolberg in Pommeren 20,77, Frankenthal 19,08, Rehm 18,55, Schönbeck a. d. Eibe 18,20, Iserlohn 16,85, Guchagen b. Cassel 14,50, Ebersdorf b. Magdeba, 13,20, Gr.-Wegungen 11,83, Werhan 11,65, Barchim 9,75, Hinderplatz 9,05, Kl.-Gerau 7,80, Golltau 6,80, Bruchhausen 4,65, Voisenburg 3,74, Gommern 2,60, Potsdam 1,52, Leipzig 409, Haberleben 68,70, Ballendorf in Hesse 60, Feudenheim 51,52, Birna 50,55, Langen- diebach 40,09, Friedriehshagen 33,53, Treusburg a. d. W. 26,85, Helsen 20,37, Rühlungen 19,50, Goufenheim 17,60, Nord- hausen b. Cassel 17,69, Rosen 17,05, Painswalde 16,13, Altendruslar 16,51, Zorgan 12,57, Sommerleben 11,58, Zanger- sülte 11,10, Wolf a. Sand 7,55, Vashütte b. Stuttgart 5,51, Wallersdorf-Schützendorf 70, Burtzfelde 44,53, Ranow 38,97, Lindenwalde 40, Mainzheim 33,29, Felsow 22,20, Hohenbuch 16,82, Breckenheim 16, Alhey b. Mainz 10,69, Pfeilagen 9, Striegau 8,20, Wirsburg 2,02, Stoffheim 142,12, Sprey 89,68, Suder- hosen i. Hesse 87,31, Spremberg 27,60, Herzbrun 25,92, Halberstadt i. S.-F. 25,70, Götzenhain 16,62, Gr. Raden 14,81, Oberlein 11,06, Göppingen 9,88, Kellinghülen 29, Frensbach 15,12, Naumburg 8,25, Wittenberg 221,94, Eisenberg 67,42, Griesheim a. Mainz 50, Barbz 48,97, Griesenhagen 43,35, Semmlendorf 22,10, Wisse b. Cassel 23,70, Arien 23,19, Wolfenbüttel 18,54, Remmich 8,53, Aue i. Erzgebirge 7, Sagenow 2,70. Summa M. 3705,86.

Streichfönd.

Wilhelmshafen M. 100, Güstebiege 20, Müllheim a. d. Ruhr 50, Bielefeld 63,38, Delfsch 12,23, Bruchmühlen 20, Diegenbach 11,03, Wölfe 4,28, Krefeld 2,32, Gießen 3,46, Hohenlimburg 10,95, Kalk 2,03, Stolberg 8,38, Rehm 14,55, Schönbeck a. d. Eibe 6,80, Iserlohn 7,60, Ebersdorf b. Magdeb. 13,80, Inowrazlaw 5,20, Kl.-Gerau 1,95, Holzberg 4,45, Fienburg 40, Ludwigshafen (Kartationskommission durch Sachmann) 35,13, Eifen a. d. Ruhr (Hüttenfeld) 30, Potsdam 134,95, Haberleben 6,80, Friedrichshagen 110,03, Helsen 8,55, Rosen 12,75, Zorgan 10,76, Zanger- sülte 11,60, Mainz (Kartationskommission durch Schreyer) 100, Lindenwalde 40, Burtzfelde 14,48, Zallow 7,60, Hohenbuch 2,66, Breckenheim 4,30, Wirsburg 8, Sprey 2,70, Suderhosen i. Hesse 3, Naumburg 81,90, Wisse (zwei Eingeliegliche) 6,50, Erfurt, Herzleben, Gebeke 200, Wittenberg 89,83, Eisenberg 29,18, Griesheim a. Mainz 16, Barbz 6, Griesenhagen 3,40, Semmlendorf 19,20, Wisse b. Cassel 8, Remmich 44,90. Summa M. 1846,41. Hamburg, den 1. Mai 1899.

S. Affler, Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstr. 16. i. G.

Zentral-Strafentasse

der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einheit“ (e. H. Nr. 7).

In der Woche vom 23. bis 29. April sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Weifensee M. 350, Dramantenburg 300, Groß-Schönbeck 300, Hamburg 300, Lüft 200, Nienheim 150, Gammshausen 100, Jessau 100, Leibsch 100, Schwerdt 43,90, Helsen 60, Weglar 35, Summa M. 2028,90.

Zuschüsse erhalten: Wilmings-Grumbach M. 200, Geupnitz 200, Alt-Wartha 100, Niederbreisig 75, Eichen 70. Summa M. 645. Altona, den 29. April 1899.

Karl Reif, Hauptkassier, Friedrichsbadstr. 28.

Anzeigen.

(Schluß für Anzeigen-Annahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Berufsmitglieder...)

Falle a. d. E. Am 18. April starb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege Wilhelm Bohne im 83. Lebensjahre.

Bitterfeld. Dienstag, den 25. April, verstarb unser Kollege und Mitbegründer der hiesigen Zahlstelle Hermann Terpe im Alter von 41 Jahren an der Prolektierkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Aufforderung.

Wir eruchen die Kollegen Schütt (Buch-Nr. 87605) und C. Breiholz (Buch-Nr. 2944), ihren Verpflichtungen der Zahlstelle. Sondern gegenüber nachzukommen. Sollten ihre Adressen in irgend einer Zahlstelle bekannt sein, so bitten wir um Nachricht.

Die örtliche Verwaltung der Zahlstelle Tondern. M. 1,50

Liegnitz. M. 1,50 Joseph Neumann, Spoorstr. 12.

Kahnt & Richter, Altenburg (S.-A.), Spezialfabrik für Wasserwagen, Senklothe etc. Wir machen die gebräunten Maurer und Handwerker auf unsere unter nebenstehender Nummer gefällig geschickte Wasserwage aufmerksam.

Stukkateure! Alle Kollegen, welche der Filiale Hannover vom letzten Streik noch Darlehen schulden, werden gebeten, sich ihrer Pflicht zu erinnern...

Warning. Alle Zahlstellen und Kollegen werden hiermit vor einem gewissem Theodor von Salewsky gewarnt. Derselbe tritt als Referent auf und sucht dabei die Kollegen zu seinem Vortheil auszunutzen.

Zahlstelle Stettin. Meine Wohnung befindet sich ab 1. Mai: Kronprinzenstraße 20, H., 3. Et. R. Marke, Bevollmächtigter.

Guten Verdienst. Suchen sich tüchtige Herren, welche mit e. neuen patentirten und preiswürdigen Artikel Architekten, Bauhandwerker, Maschinenbauer und Zimmerer zu bejuchen wollen.

Zahlstelle Hohenlimburg i. W. Sonntag, den 7. Mai, im Saale des Herrn Weinhauer, Bahnhofrestauration: Erstes Stiftungsfest.

Die Zahlstelle Lauchröden b. Eisenach feiert ihr Erstes Stiftungsfest, wozu die Kollegen der Himmelfahrt ihr Erstes Stiftungsfest, umliegenden Zahlstellen freundlich eingeladen werden.

Zahlstelle Nauen. Sonntag, den 7. Mai, findet unser diesjähriges Stiftungsfest im „Schützenhause“ statt.

Zahlstelle Altenburg und Umg. Sonntag, 14. Mai, im „Waldschlößchen“: Erstes Stiftungsfest.

J. Blume & Co., Hamburg. Täglich Versand unserer bekannten, echt englisch-ledernen und Manchester Arbeits-Artikel und Füllender Sachen.

W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs., empfiehlt sich zur Lieferung seiner bewährten Double-Leder-Hosen in silbergrün, weiß gebleicht u. dunkelbraun.

Kollegen Deutschlands! Jostfänger, prima, 2 Fächer, M. 6. II (2 1/2 Scher) M. 4,80, III M. 2,50 portofrei. Streng reell. Nicht Gefährdend. nejmere retour. Köll. Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 4.

Quittungsmarken, Lokalfondsmarken, Streifenmarken, Quittungsarten, Kontrollkarten, Sammelkarten, sowie alle Druckerarbeiten liefert sauber und preiswerth Conrad Müller, Schreiditz-Leipzig. Schreiditz-Leipzig. Illustrierte Preislisten gratis.

Arbeitsmarkt. 6 bis 8 Maurergesellen für dauernde Arbeit auf sofort gesucht von Chr. Niebuhr, Maurermeister, Tondern.

Der Sammlungs-Anzeiger. Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der den Erstgenannten Tage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von 10 Pf. pro Seite bekannt gemacht.

Verbandsversammlungen der Maurer. Sonntag, den 7. Mai: Bornhöved. Abends 8 Uhr in der Herberge. Es ist Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen.

Sonntag, 7. Mai: Belgern. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum weißen Roß“. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Montag, 8. Mai: Celle. Abends 8 Uhr. 2. D. Die stellen sich die Kollegen zur Aufhebung der Sammlungen für Blüthen?

Dienstag, 9. Mai: Elberfeld. Abends 8 1/2 Uhr bei Reuß, Altbach. Bahntisches Erscheinen erforderlich.

Samstag, 14. Mai: Annaburg. Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung sehr wichtig.

Öffentliche Maurerverfassungen. Sonntag, 7. Mai: Bingen. Im Saale der Altien-Weinbrenner. Referent: Esfein-Brudau.